



Aktion Neustart - Das Aussteigerprogramm „Rechtsextremismus“ des Niedersächsischen Verfassungsschutzes

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Niedersachsen geht seit 2003 stetig zurück. Diese Tendenz setzt sich erkennbar auch in diesem Jahr fort. Dennoch ist die rechtsextreme Szene weiterhin intensiv um Nachwuchs bemüht.

Vor allem junge Menschen sind im Visier der Rechtsextremisten und ihren offenen oder subtilen Werbemaßnahmen.

Eigens produzierte CDs, Websites, Internetforen oder Schülerzeitungen werden zur gezielten Ansprache und Werbung genutzt. Zu erinnern ist an die in Hannover erst jüngst wieder an Schulen verteilte Zeitschrift „Bock“.

Dieser Werbestrategie muss entgegengetreten werden. Um so mehr, da das Einstiegsalter in die Szene immer niedriger wird. Es liegt mittlerweile bei 14 Jahren, in Einzelfällen darunter.

Seit Jahren ist die Prävention im Bereich Rechtsextremismus ein Schwerpunkt der Arbeit des Verfassungsschutzes. Das reicht von einer viel besuchten Wanderausstellung gegen Extremismus, über eine umfangreiche Vortragstätigkeit bis hin zum Immobilienbeauftragten und der Beratung von Kommunen. Mit neuen Angeboten (Comic, Fibel, Planspiel) werden die Schulen noch stärker unterstützt.

Ein weiterer neuer Baustein der Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes, der schon im April bei der Präsentation des Jahresberichtes des Verfassungsschutzes vorgestellt wurde, ist

Die „Aktion Neustart“ – das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten des Verfassungsschutzes.

Die „Aktion Neustart“ hat zwei wesentliche Bestandteile:

1. Aktive Ansprache

Es gehört zu den Kernaufgaben des Verfassungsschutzes, über Rechtsextremismus aufzuklären. Keine andere Institution hat einen umfassenderen Überblick über die rechtsextremistische Szene, ihre Ideologie, ihre Organisation und auch über die Personen, die dort aktiv sind. Diese Kenntnisse müssen genutzt werden, um Personen den Ausstieg aus der Szene zu ermöglichen und nach Möglichkeit auch junge Menschen darüber aufzuklären, auf welchem verhängnisvollen Weg sie sich befinden.

Mit der Aktion „Neustart“ werden deshalb zum einen zielgerichtet Personen angesprochen, die in der rechtsextremistischen Szene aktiv sind, um sie für einen Ausstieg zu gewinnen.

Zudem soll verhindert werden, dass junge Menschen in die Szene hineinwachsen. Daher sollen darüber hinaus insbesondere junge Menschen angesprochen werden, die in der Gefahr sind, in diese Szene hinein zu geraten, aber selbst noch kein ideologisch verfestigtes Weltbild haben.

Damit betritt das Niedersächsische Innenministerium bundesweit Neuland. Denn bislang haben Aussteigerprogramme auf den Weg der direkten Ansprache verzichtet. Das gilt auch für die „AussteigerhilfeRechts“ des MJ, die sich insbesondere auf bereits straffällig gewordene Rechtsextremisten konzentriert. Insofern bestand hier eine Lücke, die mit dem Programm „Neustart“ geschlossen werden soll.

2. Angebot für Ausstiegswillige und Ratsuchende

Neben dieser aktiven Komponente beinhaltet das neue Aussteigerprogramm auch das Angebot, von sich aus telefonisch Kontakt aufzunehmen.

Diese Nummer lautet: 0172 – 4444 300.

Ab dem 01. November ist diese Nummer rund um die Uhr frei geschaltet. Dort erreichen Anrufer Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, die in der Bekämpfung des Rechtsextremismus erfahren sind.

Insbesondere von Seiten besorgter Eltern, aber auch von Schulen wurde immer wieder die Frage an den Verfassungsschutz gerichtet, an wen sie sich wenden können, wenn der Sohn, die Tochter oder ein Schüler eine Tendenz zum Rechtsextremismus erkennen lassen oder in entsprechenden „Freundeskreisen“ verkehren. Dieses Angebot richtet sich also auch an Eltern, Lehrer oder andere Ratsuchende.

„Neustart“ will für sie ein Ansprechangebot machen, weil es gerade durch seine Vernetzung mit zahlreichen anderen Partnern in der Lage sein wird, Beratung und Hilfe zu geben bzw. gezielt zu vermitteln.

Zusammenarbeit mit Partnern

Wer ernsthaft aus dem Rechtsextremismus aussteigen will, dem bietet das Programm Unterstützung für einen Neuanfang/Neustart an. In Kooperation mit den Netzwerkpartnern bieten sich als Maßnahmen der Unterstützung je nach Einzelfall an

- bei der Suche nach einem Arbeitsplatz behilflich zu sein,
- ebenso bei der Vermittlung von Ausbildungsmöglichkeiten und
- beim Umgang mit Behörden.
- Wenn erforderlich, kann auch Unterstützung bei einem Umzug gegeben werden.

Um das leisten zu können, arbeitet der Verfassungsschutz Niedersachsen eng mit anderen Institutionen zusammen, z. B. mit der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) und dem Landespräventionsrat (LPR).

Eine enge Kooperation ist insbesondere mit der bereits bestehenden „AussteigerhilfeRechts“ des MJ vereinbart. Dort sind erfahrene Sozialarbeiter tätig, die eine Begleitung anbieten, wie sie das MJ-Konzept auch bisher schon vorsieht.

Wichtig ist: Alle Anrufer, aber auch diejenigen, die der Verfassungsschutz von sich aus anspricht, können sich darauf verlassen, dass sämtliche Kontakte streng vertraulich behandelt werden.

Insofern ist das Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes eine sehr sinnvolle Ergänzung des bereits erfolgreichen Programms des MJ.

Der Verfassungsschutz ergänzt seine Präventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus mit der „Aktion Neustart“ um einen wichtigen Baustein.